

# Presse-Information

8. April 2011



Bildunterzeile:

Mehr als 1.200 Arbeitnehmer aus der Baustoff-Industrie protestierten in der Stadthalle Ratingen gegen die Pläne der Landespolitik, Rohstoffe für die Baubranche durch zusätzliche Abgaben teurer zu machen. Die Beschäftigten fürchten um ihre Arbeitsplätze.

## Mehr als 1.200 Arbeitnehmer bei „Baustoff-Gipfel“ in Ratingen

### **Gewerkschaft und Arbeitgeber:**

### **Protest gegen „Kies-Euro“ und „Wasser-Cent“**

Angst vor Jobverlust – heftige Kritik an „Kies-Euro“ und „Wasser-Cent“: Auf einer gemeinsamen Veranstaltung in der Stadthalle Ratingen haben die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) Nordrhein-Westfalen und der Wirtschaftsverband vero Front gegen die Pläne aus der Landespolitik gemacht, Rohstoffe durch zusätzliche Abgaben teurer zu machen. Im Fokus der Kritik: Die geplante Einführung eines „Kies-Euros“ sowie die Erhöhung des Entgeltes für die Wasserentnahme. Vor rund 1.200 Arbeitnehmern aus mehr als vierzig Betrieben der nordrhein-westfälischen Baustoff-Industrie warnten Gewerkschaft und Arbeitgeber vor den Auswirkungen auf die Baustoff-Industrie in Nordrhein-Westfalen.

Gegen die geplante Anhebung des Entgeltes für Wasserentnahme um 1,4 Cent auf fünf Cent pro Kubikmeter kam massiver Widerstand auf. „In keinem einzigen Nachbarbundesland von Nordrhein-Westfalen wird die Kreislaufführung der Wasserentnahme derart hoch besteuert“, sagte Raimo Benger, Geschäftsführer des Verbandes der Bau- und Rohstoffindustrie vero.

Benger prognostizierte eine Schwächung der heimischen Industrie: „Höhere Abgaben in Nordrhein-Westfalen führen nur dazu, dass Kies und Sand demnächst aus anderen Bundesländern kommen werden. Das wäre ökologisch nachteilig, da sich die Transportwege verlängern.“ Nach Angaben des Arbeitgeberverbandes hat die Kies-Industrie durch das Wasserentgelt in den letzten sechs Jahren insgesamt rund 3 Millionen Euro an das Land gezahlt.

Die IG BAU erteilt der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Einführung eines „Kies-Euros“ auf jede gewonnene Tonne Kies oder Sand eine klare Absage: „Die Baustoff-Unternehmen in Nordrhein-Westfalen wären gegenüber ihren Mitbewerbern in den Nachbarbundesländern nicht mehr konkurrenzfähig“, sagte Carsten Burckhardt. „Dann stehen zahlreiche Arbeitsplätze in der Branche auf dem Spiel“, so der stellvertretende IG BAU-Regionalleiter in Westfalen.

Burckhardt forderte eine „Industriepolitik mit Augenmaß“ für die rund 10.000 Beschäftigten in der Baustoff-Industrie. „Es kann nicht im Sinne einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung sein, den Industriestandort Nordrhein-Westfalen zu schwächen“, so Carsten Burckhardt.

Eine Schwächung, die auch die Arbeitnehmer befürchten: „Die Pläne der Landesregierung haben für viel Unruhe und Ungewissheit in den Betrieben gesorgt. Viele Beschäftigte haben Angst um ihren Arbeitsplatz“, sagte ein protestierender Arbeitnehmer. Notfalls würde man für den Erhalt der Arbeitsplätze auch auf die Straße gehen – so die Einschätzung etlicher Beschäftigter.